

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeffermann, Neuhaus, Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd), Dr. Dollinger, Linsmeier, Lintner, Weirich, Milz, Biehle, Frau Hoffmann (Soltau), Dr. Riedl (München), Bühler (Bruchsal), Dr. Kunz (Weiden), Hinsken, Dr. Friedmann, Gerlach (Obernau) und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/1414 —**

Personalentwicklung bei der Deutschen Bundespost

*Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen – 900 – 1 B
1114 – 9/2 – hat mit Schreiben vom 22. März 1982 die Kleine
Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:*

1. Der Bundespostminister hat am 28. September 1981 zu den von Jahr zu Jahr steigenden Personalzahlen bei insgesamt stagnierendem Verkehrsangebot im Postwesen gesagt: „Diese unlogische und unternehmenspolitisch unerträgliche Entwicklung muß umgehend gestoppt werden.“

In welchen Dienstbereichen soll nun durch welche konkreten Maßnahmen das Prinzip des wirtschaftlichsten Personaleinsatzes mit mehr Nachdruck durchgesetzt werden?

Das Prinzip des wirtschaftlichen Personaleinsatzes kann nicht auf einzelne Bereiche beschränkt werden; es gilt für alle Dienststellen gleichermaßen.

Dazu sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Straffung der betrieblichen Organisation,
- beschleunigte Aktualisierung von Bemessungswerten,
- genauere Verkehrsmengenermittlung.

2. Wie viele Kräfte waren bei den Postämtern 1960, 1970 und 1980 im Verwaltungsdienst wie in Amts- und Betriebsleitung, freigestellten Personalräten nebst Sekretärinnen, Organisation, Betriebs- und Personalwesen, Beratungs- und Berufsbildungswesen, Hausverwaltung und -technik tätig (wobei die fortgefallenen Dienste zu eliminieren sind)?

Die Personalstatistiken der Deutschen Bundespost unterscheiden nicht nach Einsatz im Verwaltungsdienst einerseits und Betriebsdienst andererseits, da derartige Abgrenzungen nicht eindeutig definiert werden können.

Der Begriff „Verwaltungsdienst“ wird zwar in der Fragestellung erläutert. Dennoch läßt sich die Zahl der in den genannten Bereichen eingesetzten Kräfte nicht aus vorhandenen Statistiken ermitteln, da insbesondere bei mittleren und kleinen Postämtern in großem Umfang gemischte Dienstposten eingerichtet sind, d. h. die Kräfte können sowohl in der „Verwaltung“ als auch im „Betrieb“ tätig sein; in der Personalstatistik sind sie nach dem überwiegenden Anteil ausgewiesen. Bei Vertreterkräften ist eine eindeutige Zuordnung überhaupt nicht möglich, weil sie je nach dem durch die Personalausfälle entstehenden Bedarf sowohl in der „Verwaltung“ als auch im „Betrieb“ eingesetzt werden.

Die Frage könnte daher allenfalls für den aktuellen Stand, jedoch nur mit einem unvertretbar hohen Aufwand für eine Abfrage bei allen Postämtern beantwortet werden; für die Vergangenheit wäre auch eine solche Abfrage unmöglich.

3. Wie viele Beschäftigte waren anteilmäßig für den Postbereich bei
- den Mittelbehörden einschließlich aller Sonderstellen und
 - dem BPM 1960, 1970 und 1980 tätig?

Eine anteilmäßige Aufteilung der in den Mittelbehörden einschließlich Sonderstellen und im BPM tätigen Beschäftigten auf den Postbereich ist nicht möglich.

Das sei an folgenden Beispielen erläutert:

- Die Sonderstellen bei den Oberpostdirektionen, z. B. Besoldungskasse, Krankenkassen usw. betreuen ebenfalls sämtliche Kräfte ohne Unterscheidung nach deren Einsatz in den einzelnen Dienstzweigen.
- Entsprechendes gilt für die Querschnitts-Abteilungen und die Zentralabteilung des Bundespostministeriums.
- Die Sonderstellen bei den Oberpostdirektionen, z. B. Besoldungskasse, Krankenkassen usw. betreuen ebenfalls sämtliche Kräfte ohne Unterscheidung nach deren Einsatz in den einzelnen Dienstzweigen.

Für Kostenberechnungen werden die Beschäftigten bei Mittelbehörden und Postministerium nach rechnerischen Schlüsseln auf die Dienstzweige aufgeteilt. Für den gesamten Postbereich (einschließlich der Ämter) ergaben sich

	Arbeitskräfte	Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte
1970	267 200	65 v. H.
1980	268 100	60 v. H.

Eine Aufschlüsselung im Sinne der Fragestellung wäre – mit einem unvermeidbar hohen manuellen Rechenaufwand – lediglich für die letzten vier Jahre möglich.

Als Hinweis für die tendenzielle Entwicklung könnte allenfalls der Personalbedarf in den Abteilungen 1 (Postwesen) der Oberpostdirektionen dienen. Die dort eingesetzten Kräfte nehmen überwiegend Aufgaben für das Postwesen (einschließlich Bankdienste) wahr:

	Arbeitsposten in den Abteilungen 1 der Oberpostdirektionen	Anteil am Gesamtbedarf der Oberpostdirektionen
1975	1 589	9,2 v. H.
1980	1 453	8,7 v. H.

4. Wie stellt sich ein Indexvergleich zwischen der Anzahl der unter 2. und 3. angeführten Kräfte im Postbereich und der Verkehrsentwicklung für 1970 und 1980
- unter Berücksichtigung der fortgefallenen Dienste,
 - ohne Berücksichtigung der fortgefallenen Dienste,
- wenn man als Basis 1960 gleich 100 setzt?

Aus den zu Frage 2. und 3. genannten Gründen können die gewünschten Index-Zahlen nicht geliefert werden.

5. Hat der Bundespostminister seine am 28. September 1981 vor den Präsidenten vertretene Auffassung u. a. im Personalhaushalt der Deutschen Bundespost für 1982 durchsetzen können und wenn nein, warum nicht?

Ja, denn durch den Personalhaushalt 1982 ist eine deutliche Markierung zu einer Trendwende in der personalwirtschaftlichen Entwicklung bei der Deutschen Bundespost erreicht worden.

6. Trifft die Äußerung des Bundespostministers zu, wonach „es politisch untragbar wäre, wenn die Deutsche Bundespost im Personalbereich ständig weiterwachsen würde, während alle übrigen Bundesverwaltungen, die durchaus auch auf wachsende Aufgaben und Verkehrsmengen verweisen können, im Personalbestand verringert würden“, und wie will er diesem Umstand Rechnung tragen?

Die Deutsche Bundespost ist bestrebt, wie alle übrigen Bundesverwaltungen einen Beitrag zur Begrenzung öffentlicher Ausgaben zu leisten. Die Anstrengungen der Deutschen Bundespost sind darauf gerichtet, durch ständige Verbesserung der organisatorischen Randbedingungen den Personalanstieg zu begrenzen. Diese Bemühungen sind in der Sitzung des Verwaltungsrates am 25. Februar 1982 auch vom Bundesrechnungshof anerkannt worden.

7. Wie viele Kräfte werden bei der Deutschen Bundespost im einzelnen durch Ausfallzeiten wie Urlaub, Krankheit, Kur, Sonderurlaub für gewerkschaftliche und staatspolitische Zwecke oder Fortbildung usw. gebunden, und sind hier Veränderungen vorgesehen?

Bei der Deutschen Bundespost werden ca. 85 300 Kräfte für die Vertretung von Arbeitskräften eingesetzt, die sich in Urlaub befinden, die erkrankt sind, die fortgebildet werden usw.

Davon entfallen

- ca. 43 500 Vertreterereinheiten (VE) auf Erholungsurlaub,
- ca. 28 000 VE auf Krankheit,
- ca. 5 300 VE auf Fortbildung und
- ca. 8 500 VE auf sonstige Zwecke.

In dem o. a. Anteil für „sonstige Zwecke“ sind ca. 370 VE für gewerkschaftliche und staatspolitische Zwecke enthalten. Die VE für in Kur befindliche Kräfte sind ebenfalls in dem o. a. Anteil für „sonstige Zwecke“ enthalten, werden aber nicht gesondert zu einem Bundesergebnis verdichtet.

Korrekturen sind notwendig bzw. möglich, falls sich der gesetzlich oder tarifvertraglich festgelegte Urlaubsanspruch bzw. der Umfang der Erkrankungen verändert oder falls sich die Personalausfälle aufgrund neuer gesetzlicher oder tarifvertraglicher Regelungen (z. B. Rechtsverordnung über Freischichtenregelung für Beamte) verändern.

Im übrigen wurde der Umfang der betrieblichen Fortbildung festgeschrieben.

8. Kann die Bundesregierung angeben, wie hoch der Anteil der unter 7. genannten Ausfallzeiten an den Beschäftigten in der übrigen Wirtschaft ist?

Die Bundesregierung kann Angaben über das Ausfallverhalten in der übrigen Wirtschaft nicht machen, da es eine amtliche Statistik darüber nicht gibt.

Soweit in einzelnen Betrieben von Wirtschaftsunternehmen derartige Statistiken geführt werden, sind sie wegen der Unterschiede in der statistischen Basis, den Erhebungsmethoden und den damit verfolgten Zielen weder mit der Personalstatistik der Deutschen Bundespost noch untereinander zu vergleichen.

9. In seiner Pressemitteilung vom 16. Oktober 1981 spricht der Bundespostminister von der Übernahme von 1 000 „sonst nicht erforderlichen Dienstanfängern“ in 1982. Wenn für diese „sonst“ kein Bedarf vorliegt oder „sonst“ keine Arbeitsplätze vorhanden sind, wo und wie werden sie dann beschäftigt?

Im Voranschlag 1982 wurde ein besonderer Etat-Anteil für den Fall vorgesehen, daß aus Haushaltsgründen 1982 nicht alle Nachwuchskräfte in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen werden können.

Sofern für kurze Zeiträume notwendig – weil eine hohe Zahl von Dienstanfängern in einem Zeitraum von wenigen Wochen im Herbst 1982 die Prüfung ablegen, während die Abgänge sich etwa gleichmäßig über das Jahr verteilen – werden diese Kräfte mit Sonderaufgaben im Fernmeldenetz (z. B. Netzbereinigung, Netz-sicherheit) beschäftigt oder als zusätzliche Vertreter eingesetzt.

10. Wie hoch sind die jährlichen Kosten und Folgekosten der Deutschen Bundespost für die über den Bedarf Ausgebildeten (der Bundesrechnungshof spricht von über 1 Mrd. DM bis 1979), und wie soll das Problem der Beschäftigung von über den Bedarf Ausgebildeter gelöst werden, wenn etwa 1985 die erwartete Sättigung bei Fernsprechan schlüssen vorliegt?

Bisher ist es der Deutschen Bundespost gelungen, alle Auszubildenden im Rahmen ihres Bedarfs, wenn auch nicht sofort, ausbildungsgerecht zu beschäftigen.

Die Mehrkosten, die für nicht ausbildungsgerechte Beschäftigung von Fernmeldehandwerkern im Postdienst entstehen, sind für die Vergangenheit nur schwer quantifizierbar, weil diese Beschäftigungsperiode für die Handwerker von ganz unterschiedlicher Dauer war.

Es ist jedoch zu erwarten, daß in den nächsten Jahren eine ausbildungsgerechte oder ausbildungsfremde Beschäftigung von Fernmeldehandwerkern in erheblichem Umfange nicht mehr möglich sein wird und die Deutsche Bundespost von einer Übernahme dieser Kräfte absehen muß, was allen Auszubildenden vor Abschluß der Ausbildungsverträge mitgeteilt worden ist. Als Richtwert kann man davon ausgehen, daß für den Auszubildenden, der nicht untergebracht werden kann, der Deutschen Bundespost Kosten in Höhe von ca. 125 000 DM entstehen.

